

Landesregierung rudert zurück: Zickzackkurs auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler

Renate Rastätter: „Die Abstimmung mit den Füßen wird weitergehen“

Die Grünen im Stuttgarter Landtag sehen mit großer Sorge, dass mit dem jetzt vorgelegten Konzept der neuen Werkrealschule auch weiterhin nur an den Symptomen der Krise der Hauptschule herumgedoktert wird. „Die ursprüngliche Idee, die Hauptschule durch die flächendeckende zweizügige Werkrealschule abzulösen ist mit dem heute vorgestellten Eckpunkte-Papier bereits Makulatur. Durchgesetzt haben sich die Besitzstandswahrer der Regierungsfractionen, die für den Erhalt der Hauptschule als eigenständige Schulart gekämpft haben und damit den Weg in ein viergliedriges Schulsystem erzwungen haben“, kritisiert die schulpolitische Sprecherin der Grünen, Renate Rastätter. Sogar die Empfehlung für die Hauptschule bleibt mit der Kombi-Lösung „Werkrealschule/Hauptschule“ künftig erhalten, trotz der großspurigen Ankündigung der FDP, die Hauptschulempfehlung abzuschaffen.

Die Ankündigung, dass auch kleine Hauptschulen durch Aufteilung der Schülerinnen und Schüler an unterschiedlichen Standorten Werkrealschule werden können, ist eine Zumutung für die betroffenen Schülerinnen und Schüler, die einen Anspruch darauf haben, einen verlässlichen Bildungsgang an einer Schule absolvieren zu können. Die Eltern anderer Schularten würden Sturm gegen eine solche unpädagogische Maßnahme für ihre Kinder laufen.

Für die Landtagsgrünen steht fest: Vertrauen und Glaubwürdigkeit kann mit einem solchen Zickzackkurs und Besitzstandswahrung für die Hauptschule nicht gewonnen werden. Renate Rastätter: „Die Landesregierung muss endlich erkennen, dass es für die Hauptschule, auch in Form einer Werkrealschule, keine Akzeptanz mehr gibt. Der Übergang von der Grundschule in die Hauptschule hat mit 25,1 % einen neuen historischen Tiefstand erreicht. Diese Abstimmung mit den Füßen wird auch im kommenden Schuljahr weitergehen, denn eine Schule, die nicht auch Angebote auf Realschulniveau anbietet, wird nicht mehr von den Eltern akzeptiert.“ Baden-Württemberg sei das einzige Bundesland, das in Zeiten der Entwicklung zu längerem gemeinsamem Lernen die historisch bedingte Trennung der Schülerinnen und Schüler in unterschiedliche Schularten sogar noch weiter ausweitet. Die Grünen fordern deshalb die Landesregierung auf, die Bildungspolitik in diesem Land endlich an den Lern- und Entwicklungsbedürfnissen der Schülerinnen und Schüler zu orientieren und nicht mehr an veralteten Strukturen. „Wir brauchen keine weitere „Optimierung“ der sozialen Trennung von Kindern in unterschiedliche Schularten, sondern Schulen, die alle Kinder individuell und differenziert fördern und ihnen entsprechend ihrer Lernausgangslagen differenzierte Angebote unterbreitet. Eine Profilierung in unterschiedliche Wahlfächer und berufsbezogene Module können auch in einer gemeinsamen Schule für einen Teil der Schülerinnen und Schüler angeboten werden. Wir brauchen dazu keine eigene Schulart.“

Rastätter fordert, als erstes die Grundschulempfehlung abzuschaffen und nur noch als Beratungsgespräch mit den Eltern zu führen werden. Die Kommunen müssen das Recht bekommen, Schulmodelle mit einem Werkrealschulangebot und einem Realschulangebot einzurichten. Schulen, die nicht mindestens Angebote auf Realschulniveau anbieten, werden von den Eltern nicht mehr akzeptiert. Rastätter: „Mittelfristig können durch solche neuen attraktiven Schulmodelle viele, aber nicht alle Schulstandorte von heutigen einzügigen Hauptschulen gerettet werden.“